

laut, als Patriarch Athenagoras sich am 31. März nach Wien in ärztliche Behandlung begab, aus der er — nach einem anschließenden Kuraufenthalt — Mitte Juni wieder zurückkehrte. Türkische Zeitungen spekulierten in wenig freundlicher Form über seine mögliche Nachfolge. Am liebsten sähen die Türken das Patriarchat aus Istanbul entfernt. Es ist für sie die letzte Bastion des wenig geliebten Griechentums.

Kirchenpolitische Schwierigkeiten treten dazu. Die Spannung zwischen dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel und dem Moskauer Patriarchat ist durch die eigenmächtige *Verleihung der Autokephalie* an die „Russische Orthodoxe Griechisch-katholische Kirche von Amerika“ (auch Metropolia genannt) neu aufgebrochen. Das Moskauer Patriarchat berief sich bei seinem Vorgehen auf die Tatsache, daß die erste orthodoxe Kirche auf dem amerikanischen Kontinent vor hundert Jahren von Rußland aus gegründet wurde (Alaska), und auf die grundsätzliche Gleichheit aller orthodoxen Kirchen. Der Ökumenische Patriarch berief sich bei seinem in einem Brief an den Patriarchen Alexij vorgetragenen Protest auf die Vorrechte von Konstantinopel, die im Kanon 28 des Konzils von Chalkedon formuliert sind, und warnte vor einer Belastung der gemeinsamen Bemühungen um das Zustandekommen der Panorthodoxen Synode (vgl. die Dokumentation in „Irénikon“, 43, 1970, S. 279—280 u. S. 437—448). Es ist kein Zweifel, daß das Moskauer Patriarchat mit diesem Schritt, der am 9. April 1970 vollzogen wurde (gleichzeitig erhielt die Orthodoxe Kirche von Japan, von der bisher ein kleinerer Teil dem Moskauer Patriarchat unterstand, ein größerer sich unter der Jurisdiktion der Metropolie befand, den Status einer autonomen orthodoxen Kirche), dem Wunsch vieler russischer orthodoxer Christen in den USA entgegenkam. Die Gemeinden, die bisher unmittelbar dem Moskauer Patriarchat unterstanden, konnten sich entscheiden, ob sie weiter unter seiner Jurisdiktion verbleiben oder der neuen autokephalen Kirche zugehören wollen. Daneben gibt es noch die selbständige „Russische Orthodoxe Kirche außerhalb Rußlands“ in den USA (auch Synodalkirche genannt). Sie setzt sich überwiegend aus Emigranten und deren Nachkommen zusammen. Ähnliches gilt für die selbständige „Ukrainisch-orthodoxe Auslandskirche“ mit etwa 100 000 Gläubigen in den USA und Südamerika. Der Ökumenische Patriarch wollte die Frage einer Verleihung der Autokephalie der kommenden Panorthodoxen Synode überlassen. Inwieweit politische Gründe hinter diesem Schritt des Moskauer Patriarchats stehen, ist nicht leicht auszumachen.

Auch die *Situation der Kirche von Griechenland* unter der Militärdiktatur ist mit großen Schwierigkeiten ver-

bunden. Die wachsenden Zugeständnisse von Erzbischof *Hieronymus* von Athen, die Umbesetzung von Bischofsstühlen, die von ihm vertretene neue Verfassung der Kirche von Griechenland vom März 1969 und die Vorgänge um die Zusammensetzung der Synode, die die höchste Leitungsgewalt in der Kirche von Griechenland besitzt, haben die Spannungen in der Kirche zunehmend größer werden lassen. Eine qualifizierte Gruppe von Theologen hält sich in kritischer Distanz zu diesen Vorgängen innerhalb der Kirche. Der Vorwurf richtet sich vor allem gegen das als unkanonisch qualifizierte Vorgehen des Erzbischofs. Alle diese Vorgänge belasten auch die ökumenische Situation, die ohnehin in Griechenland an der Basis noch wenig entwickelt ist (vgl. die Dokumentation Concilium: Konkrete Ergebnisse und Aussichten der ökumenischen Arbeit: *D. Salachas*, In Griechenland, „Concilium“, April 1970, S. 332 f.).

Besonderen Schwierigkeiten sehen sich die *Kirchen im Nahen Osten* gegenüber. Die israelisch-arabische Auseinandersetzung zwingt sie um ihrer Selbstbehauptung in den gegen Israel kämpfenden arabischen und überwiegend islamischen Staaten willen offensichtlich zu antiisraelischen Stellungnahmen. Das gilt neuerdings auch für den griechisch-orthodoxen Patriarchen Nikolaos VI. von Alexandria, der am 30. Mai auf einer Großkundgebung der griechischen Kolonie in der VAR für den „Heiligen ägyptischen Kampf“ Stellung nahm. Inwieweit solche und ähnliche Stellungnahmen sich auf die ökumenische Zusammenarbeit auswirken, ist durchaus offen. Andererseits besteht kaum Hoffnung, daß die christlichen Kirchen des Nahen Ostens einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der sich in den letzten Monaten immer bedrohlicher zuspitzenden Situation leisten könnten. „Die Weltkonferenz der Christen über Palästina“ vom 7. bis 10. Mai 1970 in Beirut (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292), die dagegen protestierte, daß entgegen dem christlichen Geist die biblischen Texte politisch zugunsten des Zionismus interpretiert werden, läßt sogar befürchten, daß nach wie vor vorhandene latente antisemitische Strömungen hier für die Frontstellung gegen Israel ausgenutzt werden sollen. Es scheint, daß die Auseinandersetzung über die „Judenerklärung“ in der „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ während des Zweiten Vatikanums, in der die nahöstlichen Kirchen — einschließlich der unierten Kirchen — massiv gegen eine Aufwertung der Juden durch die Kirche eintraten, für den Bereich der nahöstlichen Kirchen bis heute keine Klärung herbeiführte, weil die politischen Verhältnisse bedauerlicherweise eine unvoreingenommene Beurteilung dieser Frage bis jetzt noch nicht zuließen.

Länderbericht

Geht die Kirche in der ČSSR neuer Unterdrückung entgegen?

Die befürchtete und doch wieder mit Gelassenheit erwartete Säuberung innerhalb des katholischen Klerus und der kirchlichen Institutionen in der ČSSR ist im Spätsommer durchgeführt worden. Diese Säuberung hat vorwiegend personelle Aspekte und wirkt sich einstweilen auf folgenden Gebieten aus: Caritas, katholisches Presse-

wesen, theologisch-kirchliche Publikationen, theologische Ausbildung, Religionsunterricht, weibliche und männliche Ordensgemeinschaften und im Wiederaufleben der Friedenspriester.

Als rein kirchlich konzipierte Institution, die aber seit 1950 ganz von Partei und Staat in der ČSSR beherrscht

und ausgenutzt wurde, bekam die Tschechische Katholische Caritas die kräftig ausholende Hand des Regimes jetzt zu spüren. Im August dieses Jahres wurde der im Mai 1968 von Bischof *Fr. Tomášek* eingesetzte Caritas-Direktor *Šebor* von Herrn *Hrůza* einfach abgesetzt; ebenso der Vorstand der Caritas, Weihbischof *Dr. Matoušek*. An ihre Stelle traten wiederum Dompropst *J. Stehlik* und der frühere „Zentraldirektor“ der Caritas *J. Mára*, ehemals Mitglied des Kreuzherrenordens in Prag. Beide waren im Frühjahr 1968 unter dem Druck der innenpolitischen und kirchenpolitischen Entwicklung zurückgetreten, erklären jedoch heute, dazu von Bischof *Tomášek* gezwungen worden zu sein. Diese Behauptung klingt unglaubwürdig, wenn bedacht wird, wie sich *Mára* trotz seines „erzwungenen“ Rücktritts vor der Wahl eines neuen Vorstandes der Caritas um eine Mitgliedschaft in diesem Gremium bemüht hat, wofür er tatsächlich bis wenige Stunden vor der Wahl nominiert war. Nur durch den Einspruch führender Katholiken in Prag, die seine regimähörige Einstellung durch all die Jahre beobachtet hatten und feststellen mußten, wurde er kurz vor Beginn der Wahlversammlung von der Liste gestrichen.

Die „Geschädigten der Dubček-Ära“

Wer sind diese beiden Männer? *Mára* hat sich in seinen Reden in Ost-Berlin und anderswo und ebenso in seinen kurzen Auftritten im Leipziger Rundfunk, in seinen Berichten aus dem kirchlichen Leben der ČSSR in den Sendungen des Prager Rundfunks für Österreich ebenso wie in seiner ganzen Amtstätigkeit als Caritasdirektor als ein Mann erwiesen, der zu allem bereit ist, was seine Brot- und Auftragegeber von ihm erwarten. Grenzenloser Ehrgeiz, eigener Nutzen wie auch eine gute Portion persönlichen Interesses und menschlichen Mitgefühls haben ihn zur caritativen Arbeit der Kirche hingezogen; daher bemühte er sich auch nach seiner Entfernung als Caritasdirektor wiederum dorthin zurück. Seine Aktivität hörte, wenn sie einmal zum Einsatz kam, dort auf, wo wirkliche oder auch nur vermeintliche Grenzen des Kirchensekretariates in Sicht kamen. Das Beispiel der unmöglichen menschlichen und sanitären Verhältnisse in dem Heim für alte und gebrechliche Ordensschwester in Braunau in der ehemaligen Benediktiner-Abtei ist dafür ein leidvoller Beweis. Gesundheitsbehörde, Ortsgemeinde und Abgeordnete des Prager Parlaments mußten erst aufgreifen, was lange schon der Zentraldirektor der Prager Caritas hätte sehen können und müssen, was ihn jedoch auch nicht zu einem kleinen Versuch angeregt hat, hier im Namen der Menschlichkeit Abhilfe zu fordern.

Ähnlich verhält es sich mit Dompropst *Stehlik* von *St. Veit*. Es hat dem Ansehen des Heiligen Stuhles sehr geschadet, daß dieser Mann mit päpstlicher Genehmigung in diese Stelle vorgerückt ist; dafür war er weder als Mensch noch als Priester qualifiziert. Das von ihm dem Parteiorgan der italienischen KP, „*Unitá*“, gewährte und dann propagandistisch groß aufgelegte Interview über die Situation der katholischen Kirche in der ČSSR ebenso wie seine angesichts der Lage noch irgendwie verständliche Antwort auf eine Anfrage zur kirchenpolitischen Situation der Kirche in seinem Lande auf dem Gespräch der Paulusgesellschaft in Marienbad im Sommer 1968 zeigen den derzeitigen Vorsitzenden der Caritas als einen Mann, der es wagt, gegen sein besseres Wissen die Situation seiner Kirche der Öffentlichkeit gegenüber in einer

derart unglaublichen Weise darzustellen. Er war gerne bereit, sich nach 1948 durch die Wogen der kommunistischen Kirchenpolitik hochspielen zu lassen, bis er, schon früher von Erzbischof *Beran* abgelehnt, nach dessen gewaltsamer Entfernung zum Kapitularvikar der Prager Erzdiözese „gewählt“ wurde.

Diese beiden Männer sind also als „Geschädigte der Dubček-Ära“ nun wieder in ihr Amt zurückgekehrt. Das Kirchensekretariat hat dies verfügt, ohne daß dabei der Prager Bischof auch nur konsultiert worden wäre. *Hrůza* hat dies verfügt, und damit war die Angelegenheit bereinigt, trotz seines den Bischöfen 1969, als er wiederum in sein Amt in der Waldsteingasse auf der Prager Kleinseite zurückgekehrt war, gegebene Wort, über alle anstehenden Fragen ein Einvernehmen mit den Bischöfen zu suchen. Staat und Partei haben den Rücktritt von *Stehlik* und *Mára* nicht anerkannt und ebensowenig die Neuwahl im Mai 1969, vielmehr *Stehlik* und *Mára* fast gerügt, daß sie ihre Funktion in der Caritas nicht ausüben, und diese aufgefordert, ihre Dienstgeschäfte dort wieder auszuüben.

Nun muß zugegeben werden, daß die Wahl des neuen Vorstandes der Prager Caritas im Mai 1969 nicht in allem den bestehenden Vorschriften entsprochen hat. Ein sachkundiger und gutgesinnter Jurist hatte vorher darauf aufmerksam gemacht. Und selbst kirchliche Kreise waren zuletzt mit der Tätigkeit dieses neugewählten Vorstandes, insbesondere mit seiner Spitze, nicht zufrieden; diese Männer, die im Prager Frühling an die Spitze der Caritas traten, waren ihrer Aufgabe nicht gewachsen und haben auch sachliche Gründe für einen Wechsel geliefert. Im Frühjahr 1971 mußte nach den Statuten der Caritas, die immer noch als gültig angesehen werden, ein neuer Vorstand gewählt werden. Wahrscheinlich wird aber die Amtsperiode des derzeit amtierenden Vorstandes um die Zeit der „erzwungenen“ Absenz vom Amt verlängert. Und damit wäre für das Kirchensekretariat Zeit gewonnen, um seine Position noch mehr auszubauen.

Wenn auch die Tschechische Katholische Caritas nicht der Caritas Internationalis mit dem Sitz in Rom beitreten durfte, so wurde sie von ihr doch reichlich unterstützt, insbesondere die der Caritas angeschlossene Abteilung für die Kirchenpresse. So konnte ein Katechismus nur mit ihrer finanziellen Hilfe in einer dringend benötigten, sehr großen, aber immer noch nicht ausreichenden Auflagenhöhe erscheinen. Es ist nun zu befürchten, daß die neuen alten Männer die seit 1968 angebahnten Kontakte mit der Caritas Internationalis für ihr eigenes Image und für ihre nicht immer kirchlichen Interessen dienende Tätigkeit nutzen wollen. Hier steht den kirchlichen und caritativen Institutionen des Auslandes, nicht nur der römischen Caritas Internationalis, die Aufgabe einer delikaten Entscheidung bevor.

Säuberungen in der katholischen Presse

Der Caritas ist das Referat Katholische Presse angeschlossen, das für alle religiösen und theologischen Publikationen innerhalb des tschechischen Katholizismus zuständig ist, an dessen Spitze *Josef Beneš* steht, bis 1968 Generalsekretär der katholischen Friedensbewegung, Professor der Theologischen Fakultät in Leitmeritz und deren Ehrendoktor, Vorstandsmitglied der Gesamtstaatlichen Friedensbewegung und von staatlichen Stellen oft entsandter „Repräsentant“ der tschechischen Katholiken im Ausland.

Er ist gewiß ein rühriger und kluger Mann. Sein Interesse gehört der Presse, der Publicity; während der ersten Sitzungsperiode des II. Vatikanums gehörte er auch der zwölfköpfigen Konzils-„Delegation“ der katholischen Kirche in der ČSSR an, wurde dann aber nicht mehr entsandt, weil er sich in Rom doch zu sehr kompromittiert hatte. Nach der Liquidierung der Friedensbewegung im Frühjahr 1968 verhielt er sich ruhig, pflegte aber seine Kontakte zu Hrůza weiter. Nach dem Russeneinfall begann er sehr bald wieder aktiv zu werden, insbesondere war er bemüht um die Wiedererrichtung einer Nachfolgeorganisation der katholischen Friedensbewegung. Er steht als einer der drängenden Initiatoren hinter allen diesen Versuchen. Nach außen hin dürfte er jedoch nicht mehr an die (sichtbare) Spitze treten. Sicher wird es ihm in der neuen Stellung nicht in erster Linie darum gehen, die Konzilsdokumente, wie geplant, in tschechischer Übersetzung zu publizieren, vielmehr darum, andere Schriften, die seiner Einstellung mehr entsprechen, unter dem Klerus zu verbreiten. Ausländische Geldgeber werden dies zu beachten haben.

Die 1968 als Nachfolgeblatt des eingegangenen „Geistlichen Hirten“ gegründete Theologische Revue VIA, die von Priestern und theologisch gebildeten Laien für den Klerus und die katholische Intelligenz gegründet worden war und insbesondere einer zeitgemäßen Theologie sich geöffnet hatte, mußte ihr Erscheinen einstellen; der unrühmliche „Geistliche Hirte“ ist wiedergekommen. Die erste Nummer ist anfangs Oktober erschienen. Die Zeitschrift fühlt sich als Nachfolgepublikation der bereits 1828 gegründeten Zeitschrift für die katholische Geistlichkeit. Die Schriftleitung hat J. Michal, Professor an der Theologischen Fakultät in Leitmeritz. Die erste Nummer macht bereits deutlich, daß der Geist aus der Zeit vor 1968 wieder vorherrscht. Die „Galerie vaterländischer Priester“ ist wieder eröffnet, doch war der dargestellte Priester, Opfer des Naziregimes, nicht gleicher Gesinnung wie der Autor dieses „Galerie“-Beitrages. Und wie früher fehlt auch jetzt der obligate politische Artikel nicht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die „verfassungswidrige Tätigkeit“ der Vertriebenen-Organisationen zu verbieten und ihnen jegliche finanzielle Unterstützung zu streichen. Die Ähnlichkeit dieser Forderung mit einem Artikel in „Rudé právo“ (28. 8. 1970) drängt sich auf, in dem von der italienischen Regierung wie auch vom Heiligen Stuhl die Liquidierung einer Institution katholischer tschechischer Emigranten in Rom als Zeichen korrekter Beziehungen zum Ausland gefordert wurde.

Auch die Katholische Zeitung, ein kirchliches Sonntagsblatt für die breiten Schichten der katholischen Bevölkerung, hat einen neuen Schriftleiter. Am 10. August dieses Jahres erhielt R. Mikulášek SJ von Hrůza den mündlichen Befehl, alles für eine Übergabe der Schriftleitung zum 1. September bereitzumachen. Hrůza eröffnete ihm auch, daß nichts gegen seine Person vorläge, er jedoch nicht die Gewähr böte, das Blatt im neuen Geiste zu leiten. Hinzugefügt werden muß, daß die VIA auch im innerkirchlichen Raum Schwierigkeiten hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 21). Ihr Redaktionskollektiv mit J. Zvěřina an der Spitze stand unter dem Beschuß einer konservativen Theologengruppe um den Dominikaner Habáň, weil sie bemüht war, dem modernen theologischen Denken unserer Zeit Eingang zu verschaffen. Schriftleiter von „Katholické Náviny“ wurde der Pfarrer und einzige Kanonikus des der Kirchengeschichte des Landes ganz besonders ver-

bundenen Kollegiatkapitels in Altbunzlau Josef Lebeda mit einem Redaktionskollektiv, in dem Beneš jedoch bereits zur Geltung zu kommen versucht hat.

Eingriffe ins kirchliche Bildungswesen

Das Vortragswerk „Lebendige Theologie“ mußte seine Tätigkeit ebenfalls einstellen. Wie in VIA wurde auch hier gegenwärtiges theologisches Denken Geistlichen und interessierten Laien nahegebracht. Daher fanden beide nicht überall Zustimmung. Dennoch befremdet es, daß selbst bei führenden Männern das Ende dieses Vortragswerkes wie insbesondere der Theologischen Revue mit gewisser Genugtuung verzeichnet worden ist. Hier blieb die so dringend nötige Solidarität nicht gewahrt; sie hätte am Gang der Entwicklung nichts geändert, dennoch berührt diese kurzsichtige Haltung sehr peinlich. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, daß ein anderes Vortragswerk bis zum Herbst 1970 nicht behindert wurde, vielmehr vorläufig seine Tätigkeit ausüben darf: das Katholische Seminar, das der Dominikaner Habáň inspiriert. Seine Orientierung ist der Richtung der VIA diametral entgegengesetzt. Diese Divergenz zwischen beiden Richtungen war so tief, daß sich z. B. die Schriftleitung von „Katholické Náviny“ mit Pater Mikulášek, die gleichfalls eine moderne theologische Richtung eingeschlagen hatte, im Frühjahr 1970 geweigert hatte, einen Vortrag des Regensburger Bischofs im Katholischen Seminar Habáň nicht einmal auszugsweise zu veröffentlichen. Das dem Katholischen Seminar nicht entzogene Wohlwollen des Kirchensekretariates läßt jenen zustimmen, nach deren Ansicht eine konservative Theologie eher in das kirchenpolitische und ideologische Konzept der KPČ sich einfügen lasse, weil jede Stärkung und Modernisierung kirchlichen Lebens das Unbehagen der KPČ finden müsse, die eine sterile Kirchlichkeit und Theologie leichter zu überwinden hoffe. Man weiß auch von Kontakten dieses Seminars zu Männern der früheren Friedensbewegung; so gehörte auch Mára zu den Männern, die sich für dieses Katholische Seminar eingesetzt haben.

Die neue Welle der Kirchenpolitik hat mit fühlbaren Behinderungen auch das Priesterseminar in Leitmeritz und die dort untergebrachte Theologische Fakultät erreicht. Von den über 70 Anmeldungen für das Leitmeritzer Alumnat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 424f.) durften nach Verhandlungen mit dem zuständigen Kirchensekretär in Aussig an der Elbe 47 aufgenommen werden; zwei weitere müssen erst ihren Militärdienst ableisten, über ein drittes Ansuchen war im September noch nicht endgültig entschieden. Die in Leitmeritz gemeldeten Slowaken, die in Preßburg keine Aufnahme gefunden haben, mußten auch hier abgewiesen werden, auch jene, die bereits im böhmisch-mährischen Staatsteil, wenn auch nur kurze Zeit, lebten. Über Olmütz war bereits im Frühjahr das Todesurteil gesprochen worden; dort mußte auch der Seminarregens auf Anordnung des Prager Kirchensekretariates sein Amt in andere Hände legen.

Aus dem Professorenkollegium der Theologischen Fakultät waren bis Mitte September jene drei Mitglieder ausgeschieden worden, die nach 1968 ihre Tätigkeit dort aufgenommen hatten; unter diesen auch die beiden Mitglieder der vom tschechischen Episkopat eingesetzten Theologenkommision, Zvěřina und Mádr. Beide waren seit 1968 sehr aktiv im katholischen Leben und gehören zur Garde der aufgeschlossenen tschechischen Theologen, die der

theologischen Orientierung des Klerus und der gebildeten Laien neue Impulse gegeben haben. Ungewiß ist heute, ob der langjährige Dekan der Fakultät, der Neutestamentler J. Merell, in seinem Amt verbleiben wird; gegen ihn wird das Kirchensekretariat nicht den Vorwurf mangelnder Loyalität erheben können, doch wäre es leicht möglich, daß auch hier wie bei allen anderen Fakultäten der Prager Universität ein neuer Mann aufgebaut werden soll. Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten in der ČSSR heute, daß alle diese Maßnahmen ohne Einvernehmen mit den Bischöfen getroffen worden sind.

Reduzierter und kontrollierter Religionsunterricht

Die befürchtete Einschränkung des Religionsunterrichtes zu Beginn des neuen Schuljahres 1970/71 ist anfangs September eingetreten. Zwei Ministerien, das des Schulwesens und das für Kultur, haben in einer gemeinsamen Verfügung vom 17. August 1970 den Erlaß des Kulturministeriums vom 22. Oktober 1968, der den Religionsunterricht erleichtert und in größerem Ausmaß als bisher den Kirchen übertragen hatte, zurückgenommen. Die Anmeldung zum Religionsunterricht muß nun wieder von beiden Elternteilen bzw. vom gesetzlichen Vertreter des Kindes bei dem Direktor der Schule schriftlich erfolgen, und zwar für dieses Schuljahr in der Zeit vom 3. bis 10. September. Ferner räumt die ministerielle Verfügung nur jenen Seelsorgern das Recht zur Erteilung des Religionsunterrichtes ein, die bereits den staatlichen Konsens zur Ausübung des geistlichen Amtes besitzen; inzwischen konnte erreicht werden, daß im Bedarfsfall auch Priester mit der Erteilung des Religionsunterrichtes beauftragt werden, welche die staatliche Genehmigung zur hauptamtlichen Ausübung ihres priesterlichen Amtes nicht besitzen, denen jedoch nach Art. 16 des Dekretes 219—49 vom 8. Oktober 1949 gestattet ist, notfalls an Sonn- und Feiertagen in der Seelsorge mitzuarbeiten. In der Slowakei dürfen auch andere Personen mit der Erteilung des Religionsunterrichtes beauftragt werden, sofern sie das Abitur besitzen. Ausgenommen sind auch hier grundsätzlich alle Ordensschwester. Ob es in Böhmen und Mähren durch Verhandlungen noch erreicht werden kann, daß manche von den in den letzten Jahren in katechetischen Kursen ausgebildeten Laien bei Bedarf den Religionsunterricht erteilen dürfen, ist nicht bekannt geworden. Alle Religionslehrer bedürfen dann noch zusätzlich einer schriftlichen Zustimmung des Nationalen Bezirksausschusses, die sie dem Direktor der Schule vorzulegen haben. Grundsätzlich wird der Religionsunterricht ausschließlich in Schulgebäuden nach dem regulären Unterricht erteilt, „damit der normale Ablauf des Schulunterrichts nicht gestört werde“ (Artikel 4, 3 der Verfügung). Die Religionslehrer müssen nicht nur die allgemeine Schulordnung, sondern auch alle von der Schulleitung aufgestellten Bedingungen erfüllen.

Der Umfang dieses schulischen Religionsunterrichts wird auf eine Wochenstunde beschränkt. Die angemeldeten Kinder werden in Abteilungen zu je 40 zusammengefaßt. Sind weniger als 15 Kinder angemeldet (einer Schule?, einer Gemeinde?), dann „kann der Geistliche mit Zustimmung des Kulturreferates beim Nationalen Bezirksausschuß die Anzahl der Religionsstunden vermindern (1 Stunde in 2 Wochen, ggf. im Monat)“ (Art. 5, 2).

Die Schulleitungen übergeben dann das Namensverzeichnis der angemeldeten Kinder den zuständigen Pfarräm-

tern bis zum 15. September 1970; in Groß-Prag erhielt sie die Apostolische Administratur, stellte sie dann den Dekanen zu, die mit den Seelsorgern die Einteilung der angemeldeten Kinder in die einzelnen Klassen und Abteilungen vornehmen sollten. Bis 25. September machten die Pfarrämter („aus Gründen der Übersicht und Statistik“) an den Nationalen Bezirksausschuß Mitteilung über die Anzahl der für den Religionsunterricht angemeldeten Kinder in den einzelnen Schulen ihres Seelsorgesprengels und legten eine namentliche Aufstellung jener Personen bei, die an den einzelnen Schulen mit der Erteilung dieses Religionsunterrichtes betraut werden sollen. Der Nationale Bezirksausschuß einigte sich dann mit den Seelsorgern über die Anzahl der Abteilungen und der Unterrichtsstunden; er überprüft, ob die vorgeschlagenen Lehrpersonen den gestellten Bedingungen entsprechen und erteilt ihnen bis zum 30. September eine schriftliche Genehmigung zur Aufnahme des Religionsunterrichtes; erst nach Erfüllung aller dieser Vorschriften darf der Religionsunterricht beginnen (Art. 5, 6).

Es ist also ein sehr langer Weg bis zum tatsächlich erlaubten und aufgenommenen Religionsunterricht. Es ist leicht einzusehen, welche Möglichkeiten bestehen, die Erteilung der religiösen Unterweisung an die Kinder in den öffentlichen Schulen zu behindern oder gar unmöglich zu machen. Es hat sich bereits in einigen Gemeinden gezeigt, daß die von Partei und Regierung offensichtlich erstrebten Auswirkungen eingetreten sind: Die Anzahl der angemeldeten Kinder ist zurückgegangen, und zwar auch in relativ aktiven Gemeinden. Die Eltern fürchten eben die Folgen einer solchen Anmeldung für sich und insbesondere für ihre Kinder. Dazu kommt zu den technischen Schwierigkeiten noch eine besonders in Böhmen beachtliche Tatsache: die antikatholische und antireligiöse Einstellung eines sehr großen Teiles der Lehrerschaft.

Im Frühjahr 1968 wurden auch katechetische Kurse eingeführt, in denen Ordensschwester und Laien für die Katechese vorbereitet werden sollten. Die Kurse, die bis zum Sommer 1970 begonnen hatten, dürfen ihr Programm zum Abschluß bringen; neue Kurse sind aber nicht mehr erlaubt.

Die Lage der religiösen Orden hat sich verschlechtert. Das Schicksal jener Ordensfrauen, die insbesondere in der Slowakei im Dienst der Seelsorgehilfe und kirchlichen Caritasarbeit standen, ist bekannt; selbst der Appell an das Volk und die Berufung auf das Staatsoberhaupt blieben ohne Erfolg und ohne Antwort. Die Schwestern sind wiederum in geschlossenen Anstalten, in Altersheimen, bei unheilbar Kranken. Wie bereits 1966 ist jedoch auch jetzt wiederum eine begrenzte Neuaufnahme bei den Frauenorden ins Gespräch gekommen, weil sie als Pflegerinnen in diesen Anstalten dringend benötigt werden.

Die männlichen Orden haben auch im Prager Frühling fast keine Erweiterung ihrer Wirkmöglichkeit durchsetzen können. Nach wie vor sind sie als Orden nicht zugelassen; niemand spricht heute von jenem Gerichtsurteil, das die Liquidierung der Klöster 1949 als ungesetzlich erklärt hat. Die Parteifunktionäre haben andere Richtlinien.

In den Jahren 1968 und 1969 haben Ordenspriester die von ihnen bis 1949 betreuten Kirchen wieder übernommen; in großen Gemeinden wurden dort bisweilen auch zwei Mitglieder des gleichen Ordens eingesetzt, etwa als Pfarrer und Kaplan. Im September ging man nun daran, diese angeblich illegalen „Ordensgemeinschaften“ wiederum zu liquidieren. Jetzt muß nur abgewartet werden, ob

die Regierung gegen jene jungen Priester vorgehen wird, die ihr Studium im Priesterseminar gemacht haben und insgeheim einem dieser Orden angehören. Es hat sich gezeigt, daß der Ordensnachwuchs nicht schlecht wäre, wenn er nicht durch Staat und Partei unterdrückt würde. So hatten die Prämonstratenser 1970 drei Neupriester und im Jahre 1969 vier.

Die Friedenspriester sammeln sich

Es muß damit gerechnet werden, daß die alte Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit der ČSSR in irgendeiner Form wieder ersteht, wenn auch nicht unter der alten Bezeichnung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 426). Es gab bereits Bemühungen in dieser Richtung. Der anfängliche Plan einer selbständigen Organisation unter dem Namen „Pacem in terris“ ist inzwischen fallengelassen worden. Es hat sich von allem Anfang an gezeigt, daß der weitaus größte Teil der katholischen Geistlichkeit in Böhmen und Mähren auf keinen Fall einer Bewegung beitreten würde, die ohne oder gar gegen die Bischöfe ins Leben träte. Nun, nachdem das Kirchensekretariat die katholische Caritas wiederum ganz in seine Hände bekommen hat, wurde im September dieses Jahres ein anderer Plan besprochen. Die alte Friedensbewegung soll der Caritas eingegliedert werden, der ja Dompropst Stehlik bereits vorsteht.

Der frühere Gesundheitsminister Plojhar hat es nach seiner in langen Kämpfen abgezwungenen Abwahl vom Vorsitz der Volkspartei wieder zum Ehrenvorsitz gebracht, mehr nicht. Nun macht er sich wieder in der Öffentlichkeit bemerkbar. Der Führung der Volkspartei macht er den Vorwurf, nichts oder zu wenig für die Kirche getan zu haben. Er selbst ist immer noch sehr stark engagiert in einem Dialog der Christen mit den Marxisten, der aber nach seiner Meinung auf dem Felde der Politik schon lange vor dem II. Vatikanischen Konzil praktiziert worden sei (vgl. J. Plojhar, Der Sozialismus ist das gemeinsame Ziel, „Lidová demokracie“, 5. 9. 70). Er hat auch das Ziel seiner politischen Arbeit neuerdings abgesteckt: der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei jene Möglichkeiten zu erwirken, die sie in der DDR besitzt. Nun scheint er damit sehr spät zu beginnen, denn bis 1968 ging seine persönliche Arbeit auf dem kirchlichen und kirchenpolitischen Gebiet in eine ganz andere Richtung; man muß nicht erst seine Rede auf dem 3. Kongreß des Gesamtstaatlichen Friedenausschusses des katholischen Klerus der ČSSR durchlesen. Politisch dürfte der ehemalige Gesundheitsminister keine große Rolle mehr spielen. Sein Bemühen um ein Ministeramt in der neuen Regierung blieb trotz seiner sehr guten Verbindung zur sowjetischen Botschaft in Prag erfolglos. Plojhar scheint aber letztlich auch im ZK der KPČ ein abgeschriebener Mann zu sein; er steht nicht mehr im vorderen Glied unter jenen, die von der Parteiführung als brauchbares Werkzeug in Reserve gehalten werden.

Mit dem Plan, die frühere Friedensbewegung in die Caritas einzufügen, haben sich seine Väter einen nicht schlechten Ausweg ausgedacht. Die ungut bekannte und vom größten Teil des Klerus abgelehnte Friedensbewegung tritt nicht mehr in Erscheinung. Dafür hat die Caritas immerhin einen guten Namen, insbesondere im Ausland, das nicht weiß, daß die Prager katholische „Caritas“ eben keine Caritas ist, sondern eine staatliche Institution mit kirchlichem Firmenschild, der wohl zwei dem Regime

gefügte Geistliche dem Namen nach vorstehen, die aber ihre Direktiven von anderswo beziehen. Damit wäre der neuen Bewegung vor dem Ausland und für propagandistische Zwecke das Odium einer Institution außerhalb der kirchlichen Legalität genommen. Geist und Ziel dieser neuen Einrichtung blieben aber auch dann die alten, nur verspricht man sich auf diesem Weg leichtere Kontakte mit dem Ausland und Anteil an der Unterstützung durch internationale Institutionen und schließlich auch ein gutes Image vor den Katholiken des Landes selbst.

Dennoch Verhandlungen

Die Gerüchte über bevorstehende Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und dem Heiligen Stuhl scheinen sich diesmal zu bewahrheiten; der Leiter des Kirchensekretariats war im Herbst in Rom; eine Reise des vatikanischen Unterhändlers *A. Casaroli* nach Prag ist für die allernächste Zeit zu erwarten. In Olmütz kolportieren bereits drei Namen für eine Besetzung des dortigen erzbischöflichen Stuhles. Doch noch dringlicher wäre eine Besetzung der 6 von 7 slowakischen Jurisdiktionsgebieten; auch Königgrätz steht noch aus, wo der Kirchensekretär Weihbischof Očenášek als nicht existent betrachtet. Und gerade angesichts der Möglichkeit neuer Verhandlungen gesellen sich zu den Hoffnungen der tschechischen Katholiken auch Befürchtungen. Kirchliche Kreise in Prag und in der tschechischen Emigration fürchten eine Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nach dem Beispiel Ungarns; dem Gerede Plojhars von einer Kirchenpolitik nach dem Muster der DDR wird dort kein Gewicht beigemessen, auch wenn auf anderen Sektoren des innerstaatlichen Lebens jetzt Ost-Berlin richtungweisend ist, wie zahlreiche lange Schulungs-Aufenthalte führender Männer aus den Prager Ministerien in Ost-Berlin zu bestätigen scheinen. Von einer Lösung anstehender kirchenpolitischer Fragen nach ungarischem Vorbild versprechen sich kirchliche Kreise keinen Gewinn, schon eher eine Verschlechterung. Denn die auch in Ungarn noch nicht aufgehobene Behinderung ist in der ČSSR in vollem Gange und würde durch ein ähnliches Abkommen wie mit Budapest nur noch sanktioniert.

Es wird dem Heiligen Stuhl um die Wiederbesetzung der vakanten Bischofsstühle gehen. Dabei wird wiederum ein zähes Feilschen der Regierung um ihre „Bischöfe“ einsetzen, wie sich dies bei den Verhandlungen im Mai 1967 gezeigt hat. Das gilt insbesondere von Königgrätz, wo der derzeitige Kapitelvikar im Gespräch ist. Hier kann nur gesagt werden: Kein Bischof wäre hier besser!

Noch problematischer müßte sich in der Slowakei die Auswahl der neuen sieben Bischöfe — für den einzigen derzeit dort vorhandenen Bischof ist ein Nachfolger einzusetzen — aus den Reihen der dort 1968 aus ihren Stellungen nicht entfernten Aktivisten der Friedensbewegung. Und hier scheint die Regierung ihre Trümpfe ausspielen zu können: der Heilige Stuhl muß nachgeben, wenn der gegenwärtige desolatte Zustand geändert werden soll. Die insgeheim konsekrierten Bischöfe können beschrieben werden. Andere bange Fragen betreffen die Freiheit der Bischöfe in der Verwaltung ihrer Diözesen, insbesondere ihrer Jurisdiktionsgewalt über den Klerus, die Behinderung der Seelsorge durch die Kirchensekretäre, die Ordensgemeinschaften, die Priesterseminare und die kirchliche Presse. Man wird Verständnis dafür aufbringen, wenn der Heilige Stuhl auf eine größere Zurückhaltung katho-

lischer Emigranten in Rom und ihrer Institution „Velehrad“ drängt; die Abreise des dort lebenden slowakischen Bischofs P. Hnilica SJ. nach Kanada scheint eine Geste Prag gegenüber zu sein.

Was nicht annehmbar erscheinen sollte, wären papierene Erfolge, die an der Behinderung kirchlichen Lebens nichts änderten. So wichtig die Besetzung der vakanten Bischofsitze ist, so wäre nicht viel gewonnen, wenn die Bevormundung und Rechtslosigkeit der Kirche bestehenblieben. Es zeigt sich jetzt schon, wie machtlos mancher amtierende Diözesanbischof ist. Er darf ohne Genehmigung des zuständigen Kirchensekretärs keinen Geistlichen versetzen oder anstellen, der Kirchensekretär läßt aber alle Ansuchen des Bischofs unerledigt liegen. Und die letzten Wochen und Monate haben deutlich genug gemacht, wie das Kirchensekretariat in das kirchliche Leben bedenkenlos eingreift.

Und vor einem zweiten Fall „Stehlik“ schreckt man in Prag zurück. Um keinen Preis sollte sich daher der Heilige Stuhl wie bei der Liquidierung des Falles „Beran“ zu einer ähnlichen Abmachung überreden lassen, die die Kirche diesmal noch weit mehr um Ansehen bringen müßte. Der Heilige Stuhl darf bei dem einfachen Volk nicht ein zweites Mal in den Verdacht kommen: Auch die Kirche läßt unter Umständen immer mit sich reden und ist bereit, jeden Preis zu zahlen. Erzbischof Casaroli hat bei seinen letzten Verhandlungen im Frühjahr 1967 Herrn Hruza deutlich gemacht, daß es auch für ihn Grenzen gibt, die mit dem damaligen Abbruch der Verhandlungen aufgezeigt worden sind. Ist der Regierung aber überhaupt an Verhandlungen gelegen? Diese Frage drängt sich auf, wenn in Betracht gezogen wird, das einerseits die Regierung ihre Maßnahmen jetzt ungehemmter treffen kann und daß ihr andererseits nicht daran gelegen sein kann, der Kirche durch ein noch so kleines Ergebnis der Verhandlungen zu einem Prestige- oder Sachgewinn im Lande zu verhelfen. Beobachter der kirchenpolitischen Entwicklung in der ČSSR fragen sich auch, was mit den Presseangriffen in den letzten Monaten bezweckt wird. Die Illustrierte „Květy“ (Blumen) erhob in ihrer 20. Nummer dieses Jahres, zum Jahrestag des Todes von Kardinal Beran, einen persönlichen und politischen An-

griff gegen den Verstorbenen. Man kann wirklich fragen, ob Erzbischof Beran nach der Februar-Revolution 1948 immer klug gehandelt habe, obwohl zugegeben werden muß, daß auch ein anderer an seiner Stelle als Prager Erzbischof dieselbe grundsätzliche Haltung hätte einnehmen müssen. Aber den Verstorbenen nach Art von Himmlers „Schwarzem Korps“ zu verunglimpfen besteht kein Anlaß. Die von der KPČ auf den Podest erhobenen Geistlichen gäben da schon ein „lohnenderes“ Objekt moralischer Entrüstung.

Derzeit fürchtet niemand in Prag, daß sich jene brutalen und offenen Maßnahmen gegen Bischöfe und Priester aus den fünfziger Jahren wiederholen. Die Partei hat nicht mehr das Volk hinter sich, und die Position der Kirche im Lande ist eine andere als vor 20 Jahren. Aber die Frage muß gestellt werden: Wie weit darf und wird es kommen, bis die katholischen Bischöfe der ČSSR gegen die Rechtslosigkeit der Kirche, gegen Willkür und Gesetzwidrigkeit in aller Öffentlichkeit ihre Stimme erheben werden, weil sie ihre Pflicht vergäßen, wollten sie länger schweigen.

Als Hruza wiederum sein Amt im Kirchensekretariat übernahm, nachdem Frau Kadlecová als Leiterin weichen mußte, überreichte Bischof Trochta von Leitmeritz im Auftrag aller katholischen Bischöfe des Landes bei einer persönlichen Vorsprache im Amt des Ministerpräsidenten einen Protest (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 71). Im Juni 1970 sah sich der Episkopat wiederum veranlaßt, in einem Memorandum an die Regierung seiner Besorgnis wegen einiger Vorkommnisse Ausdruck zu geben. Auch wegen der letzten Eingriffe des Kirchensekretariates in das kirchliche Leben dürfte ein ähnlicher Schritt unternommen worden sein, der gewiß aber ebenso erfolglos bleiben wird. Dennoch werden die Bischöfe nicht immer nur damit sich begnügen können. Leicht könnte der Tag kommen, wo das Vorgehen staatlicher und parteiamtlicher Organe gegen die Kirche die Bischöfe zu einem offenen Wort zwingt. Noch steht diese Gefahr eines offenen Konfliktes nicht unmittelbar bevor, doch undenkbar ist diese Entwicklung nicht. Der derzeitige Erste Parteisekretär G. Husák bietet mit seiner persönlichen Einstellung keine Gewähr dafür, daß dieser Tag nicht kommt, eher schon seine Kunst zu taktieren.

Dokumentation

Stellungnahmen des Papstes zu Rauschgiftkonsum und politischem Terror

Im Oktober 1970 befaßte sich der Papst in zwei Ansprachen mit sozialetisch bedeutsamen Themen, mit dem Phänomen des sich rapide ausbreitenden Rauschgiftkonsums und den ebenfalls zunehmenden Gewalt- und Terrorakten in der Welt. Während über die zweite Ansprache, in der der Papst auf die verschiedenen Terrorakte (Folterungen, Flugzeugentführungen u. a.) Bezug nahm, bereits in der Tagespresse berichtet wurde, ging seine erste ebenfalls nicht unbedeutende Rede über den zunehmenden Rauschgiftkonsum im täglichen Presseecho fast unter.

Zu den Gefahren des Rauschgiftkonsums

Über die Gefahren der Halluzinogene sprach der Papst bei einem Empfang der Vertreter der italienischen Ärzteschaft anläßlich des „Tages des Arztes“ am 19. Oktober 1970 (vgl.

„Osservatore Romano“, 19./20. 10. 70). Dabei forderte er die Ärzte zu klarer und eindringlicher Stellungnahme gegen die sozialen, psychischen und moralischen Gefahren des Drogenkonsums auf und gab zu verstehen, daß auch die Kirche gerade in der sozialetischen Einschätzung des Phänomens wie in ihrer gesellschaftsbezogenen Pastoral auf das Urteil der Fachleute angewiesen sei. Nach einführenden Begrüßungsworten sagte der Papst:

Ein Treffen mit Ärzten läßt uns nie gleichgültig. Dabei wird in uns eine ganze Skala von Gefühlen angesprochen: die der Achtung, der Dankbarkeit, des Vertrauens, die uns dazu drängen, Sie, Ihre Tätigkeit und Ihre soziale Funktion ausführlich zu würdigen. Wir möchten aber von diesen Empfindungen nur jene herausgreifen, die uns am unvermitteltesten und spontansten kommt und die Ihre menschliche und unsere pastorale Mission unwillkürlich miteinander vergleichen läßt: die der